

# SPÖ, Friedensbewegung

## und Abfangjäger



Bisher hat sich die SPÖ als Partei -abgesehen von einzelnen Sektionen in der Stadt Salzburg- bei gesamtösterreichischen und regionalen Friedensaktionen rar gemacht und die Friedensarbeit ihren Frauenorganisationen und den Jugendorganisationen überlassen. Dies könnte sich ändern, wenn die Beschlüsse des Salzburger Landesparteitages vom 24./25. November zur Friedensarbeit und zu Friedensfragen umgesetzt werden.

Die SPÖ hat nämlich ein stärkeres Engagement für den Frieden beschlossen: Die politische Bildung im Bereich der Friedensarbeit soll verstärkt, bestehende Friedeninitiativen aktiv unterstützt und neue -in Bezirken wo noch keine existieren- gegründet werden. Bevor jedoch bestehende Friedensinitiativen unterstützt werden, seien sie im "Einzelfall zu prüfen"; was das genau heißen soll? Darüber schwieg sich der Parteitag aus.

Klar hat sich der Landesparteitag gegen den Bau eines atombombensicheren Bunkers im Mönchsberg ausgesprochen. Weniger klar war die Stellung in der Frage der Abfangjäger. Denn bereits 1980 hat die Salzburger SPÖ auf einem Landesparteitag aus prinzipiellen Gründen den Ankauf von Abfangjägern abgelehnt. Dieser Beschluß wäre auch für die beiden Salzburger Mitglieder des SPÖ-Partei-

vorstandes bindend gewesen. Dennoch haben diese im September bei der Sitzung des Bundesvorstandes sich für die Abfangjäger ausgesprochen. Die Junge Generation mußte deshalb einen Antrag auf Einhaltung von Parteibeschlüssen stellen, der auch angenommen wurde, am Abstimmungsverhalten im Parteivorstand aber natürlich nichts mehr ändern konnte. Nach langer Diskussion um die Abfangjäger hat nun der neue Landesvorsitzende einen "Kompromiß" vorgeschlagen, der die Ablehnung des Ankaufs von Abfangjägern etwas verwässert: In diesem Kompromißantrag wird festgelegt, daß sich die SPÖ zur militärischen Landesverteidigung bekennt, daß der Ankauf von Abfangjägern gegen den Parteitagbeschuß der Salzburger SPÖ aus dem Jahre 1980 gerichtet ist, daß auf dem diesjährigen Parteitag massive Kritik am Abfangjägerkauf geäußert wurde und -jetzt kommt der große Haken- der Beschluß des Parteivorstandes der Regierung den Ankauf von Abfangjägern (verharmlosend "Überwachungsflugzeuge" genannt) ermögliche. Die damalige Ablehnung bleibt zwar aufrecht, aber Radlegger hat auch den Abfangjäger-Freunden im Parteivorstand Rechnung getragen.



In Zukunft bis an die Zähne gerüstet?

Widersprüchlich verlief auch die Diskussion um Fragen des Zivildienstes. Einerseits sprachen sich die Delegierten gegen eine Verlängerung des Zivil-